

Sozialabbau nicht hinnehmen

Mit den Finanzen unserer Stadt geht es auf und ab. Momentan ist durch Steuerzahlungen mal wieder eine kleine Entlastung eingetreten, aber morgen kann es wieder ganz anders sein. Das hat Auswirkungen auf den Geldbeutel aller Bürgerinnen und Bürger. So plant man im Rathaus erneut eine Reihe von Gebührenerhöhungen.

Am 23. 7. 99 hatte die DKP/OL-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung eine Anfrage gestellt um zu erfahren, wie die „Auswirkungen der Bonner Sparbeschlüsse auf die Kommunen“ aussehen. Nun hat Kämmerer Vorndran geantwortet. Vorndran erklärte, es gäbe noch keine genaue Übersicht und meint, „Zu verurteilen ist, wenn durch das beabsichtigte Konsolidierungsprogramm der Bundesregierung die Gemeindehaushalte durch neue Aufgabenübertragungen ohne entsprechende Finanzausstattung belastet werden.“ Auf unsere Frage, ob nachhaltiger Widerstand jetzt unerlässlich ist, antwortet er: „Ja, falls sich ein Ungleichgewicht zu Lasten der Gemeinden ergibt.“

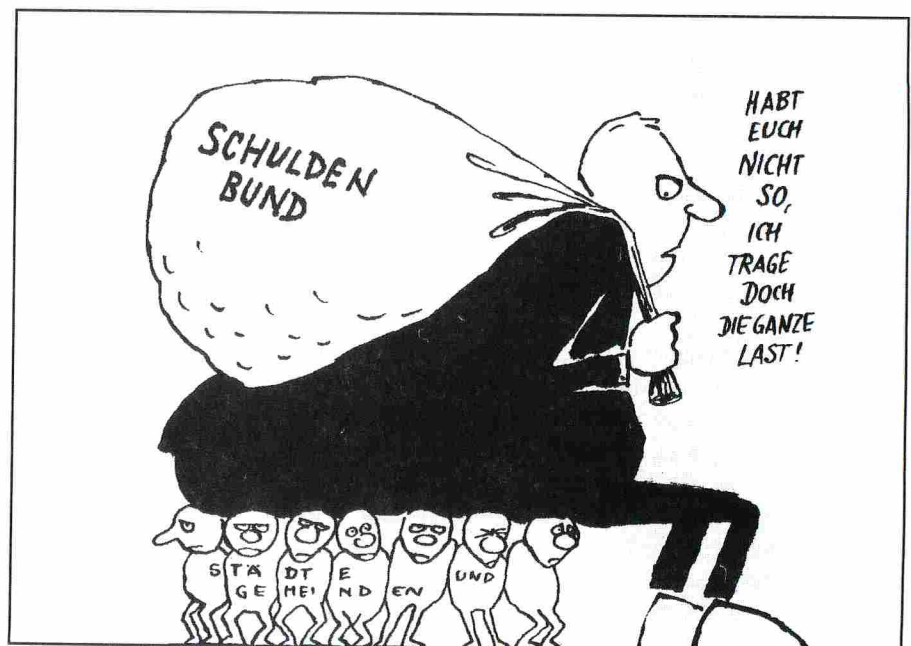
So wie die jüngsten Zahlen aussehen, kann er jetzt langsam den Widerstand organisieren.

Im ersten Halbjahr 1999 ist das Finanzdefizit der Kommunen im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Milliarden Mark gesunken, meldet gerade das Statistische Bundesamt.

Das 30 Milliarden Mark schwere „Sparprogramm“ von Bundesfinanzminister Hans Eichel schiebt bisherige Auf- und Ausgaben des Bundes in Höhe von 9,4 Milliarden auf die Tische von Gemeindegeldverwaltern. Das betrifft Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitslosen (4,4 Milliarden), Teile der Arbeitslosenhilfe (1 Milliarde), pauschaliertes Wohngeld (2,3 Milliarden), sowie den Unterhaltszuschuss für Alleinerziehende (218 Millionen). Lediglich die SPD/PDS-Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern hat ihren Kommunen

inzwischen einen vollen Ausgleich für Mehrbelastungen durch das Bundes-Sparpaket zugesichert. Von der CDU/FDP-Regierung in Wiesbaden ist uns eine ähnliche Initiative nicht bekannt.

Als die Kohl-Regierung 1993 versuchte, eine Milliarde Mark auf Kosten der Kommunen zu sparen, fanden sich in Bonn 3000 Kommunalpolitiker zum Protest auf einem Sonderstättetag. Mittlerweile haben 500 Bürgermeister Widerstand gegen das Sparpaket der Bundesregierung angekündigt. Ob Brehl und der Kämmerer sich den Protesten anschließen, ist uns noch nicht bekannt. Vor den Stadtverordneten aller Parteien steht aber die Frage: lassen wir uns alles gefallen, oder gehen wir auf die Barrikaden? Daran muß man jedenfalls künftig auch die Kommunalpolitiker messen.

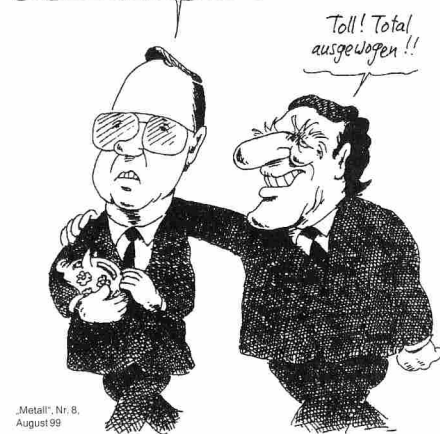


Sparen - aber wie?

Als Schrecken ohne Ende wird in vielen Ortsvereinen der SPD dieser Wahlherbst 1999 begriffen. Brandenburg, Saarland, Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Berlin . . . Eine Wahl nach der anderen und die SPD rutscht in den Keller. Doch vom Kanzler und der Parteispitze hört man nur eins: „Weiter so!“ Müntefering sah auch keine inhaltlichen Ursachen, sondern sprach lediglich vom schlechten Erscheinungsbild seiner Partei.

Viele Wähler bleiben einfach der Wahlurne fern. „Wozu wählen?“ fragen sich immer mehr. Es ändert sich doch nichts.

Auf der einen Seite trifft's die Rentner. Auf der anderen Seite aber auch genauso die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger...



In der Parteizentrale erklärte der Parteivorsitzende Schröder, zum „Sparprogramm“, er nennt es „Zukunftsprogramm“, gebe es „keine“, aber „auch gar keine Alternative“.

Keine Alternative?

Die Ablehnung einer notwendigen Besteuerung von wirklich großen Vermögen durch Schröder und seine Mitstreiter macht inzwischen auch dem letzten SPD-Mitglied klar, daß „soziale Gerechtigkeit“ als Grundsatz der alten Sozialdemokratie längst über Bord geworfen wurde.

Eine weitere Weigerung der SPD geführten Bundesregierung, die wirklich großen Vermögensbesitzer total von jeglichem Sparen auszunehmen, wird die Zahl der Politikverdrossenen noch ansteigen lassen. Die Wahlbeteiligung von etwas über 50% in Brandenburg und 68% an der Saar nähert sich langsam aber stetig den Verhältnissen in den USA an, wo letztlich der Präsi-

dent nur noch von 25% des Wahlvolkes gewählt wird.

Sparen ja - aber bei wem?

Das regierungsamtliche Schlagwort in Sachen Haushalt belegt Eichel mit der sicherlich zutreffenden Zahl, daß jede vierte Steuer-Mark an die Banken geht, zwecks Zinstilgung der Billionen-Staatsverschuldung. Weil dem so ist, so die Logik von Eichel und Schröder, müsse das Volk den Gürtel enger schnallen. Insbesondere die Rentner, die Arbeitslosen und die Sozialhilfeempfänger.

Wir schlagen einige andere vor: Wenn wir richtig informiert sind, so haben diverse Staatsanwaltschaften in den letzten Jahren die Großbanken „Deutsche Bank“, „Dresdner Bank“ und „Commerzbank“ unter die Lupe genommen, weil viele Hunderte von Millionen durch diese Banken ins Ausland transferiert wurden, an der Steuer vorbei. Einige Bankmanager nahmen ihren Hut, das war's dann auch. Keine Strafe - aber vor allem kein Eingreifen des Staates und seiner Regierung.

Man könnte und sollte die Großbanken und deren Supergewinne sofort mit Zwangsabgaben zur Entschuldung des Staates heranziehen. Das wäre doch eine Alternative!

Auch die Tausende von Millionen DM, mit denen rund um die Welt an den Börsen spekuliert wird und die den Großbanken vor allem Supergewinne einbringen, müßten rigoros besteuert werden. Hier könnte Eichel doch sofort tätig werden. Doch das, so die Regierung schaffe keine Arbeitsplätze, und darauf käme es doch an.

Es stellt sich die Frage, wieviele Arbeitsplätze durch Börsenspekulationen geschaffen wurden. Im Gegenteil, jeder vernichtete Arbeitsplatz steigert die Profite an diesem weltweiten „Spielcasino“. Schließlich liegen in einer radikalen Verkleinerung der Bundeswehr mindestens 20 Milliarden DM Sparpotential.



Auch die CDU/CSU hat im Sumpf der von den Banken organisierten Steuerflucht hinreichend Anteil. Auch hier sitzen abgehobene Typen die vom realen Leben keine Ahnung haben. Außerdem - wir erinnern an die Affäre um den Steuerflüchtling Zwick, an die



Frankfurter Rundschau, 6.9.99

unendlichen Korruptions-Geschichten aus Bayern, die mit den Namen Strauß, Zimmermann und „Amigo“-Streibl in die Geschichte eingingen. Doch was der CSU recht war, war der CDU billig. Die Flick-Affäre mit den in ihr verwickelten Politikern von Kohl bis zum damaligen Schatzmeister Leisler Kiep, sie alle standen auf der Liste des Flick-Managers von Brauchitsch, das war nur eine Episode in der unendlichen Geschichte mit dem Titel „Wie kaufe ich mir einen Politiker?“

Wie treten die Linken an?

Der von Schröder inthronisierte „Generalsekretär“ Müntefering soll nun die immer lauter werdenden kritischen Stimmen von Gewerkschaftern und denen in den eigenen Reihen der SPD „auf Vordermann“ bringen. Die „Aktion Maulkorb“ wird scheitern, das kann man schon jetzt bei Beginn der Partei-Regentschaft Münteferings feststellen. Doch wohin driftet dann die SPD und welche Folgen hat ihr von der Führung verordnetes Versagen? Die Schröder-Regierung macht den Erzkonservativen das Bett. Schon triumphieren die CDU-Größen, sprechen von der „rot-grünen Episode“, machen sich für die Rückwende in 2002 stark. Mit haargenau den gleichen Umverteilungsplänen von unten nach oben und mit dem ebenso aggressiven außenpolitischen Konzept, wie es Scharping und Fischer vertreten. Auf die sich links verstehenden Sozialdemokraten, vor allem auch in den Gewerkschaften und Sozialverbänden, kommt eine große Verantwortung zu. Entweder wird das Schröder-Konzept gestützt, wie es die Regierenden fordern, und damit das Ende der deutschen Sozialdemokratie eingeläutet, oder der Widerstand formiert sich mit dem Ziel, die politische Linie des Landes auf demokratische, soziale und friedenspolitische Prinzipien zu ziehen.

FLUGHAFEN NEWS



Flughafenausbau FR, 9.9.99

Landes-FDP: „Geht nur noch ums Wie“

Beim Mediationsverfahren zum Ausbau des Frankfurter Flughafen geht es nach Ansicht der FDP im Landtag nicht mehr um die Grundfrage, ob ausgebaut werden soll, sondern nur noch um die Frage, in welcher Form der Ausbau stattfinden soll.

Das bekräftigte der FDP-Fraktionsvorsitzende Jörg-Uwe Hahn am Mittwoch im Landesparlament. Für Hahn gehe es bei dem laufenden Mediationsverfahren nur noch um die Entscheidung zwischen vier oder fünf verschiedenen Ausbauvarianten: Die „Null-Option“, also ein Verzicht auf einen Ausbau, sei „nicht mehr dabei“.

SPD und Grüne reagierten mit Empörung. Die sei Wasser auf die Mühlen aller.

Die neue Piste kommt, doch wohin, ist offen

Brehl informiert im Unterausschuss über das Mediationsverfahren zum Flughafenausbau

RÜSSELSHEIM (sgp). Die Rüsselsheimer Stadtverordneten sehen keinen Ausbau in Frankfurt vor, bei Variante 2 soll durch das neue Radarverfahren PRM

anten, die einen Nichtausbau zum Inhalt haben, stünden daher gar nicht wirklich zur De-

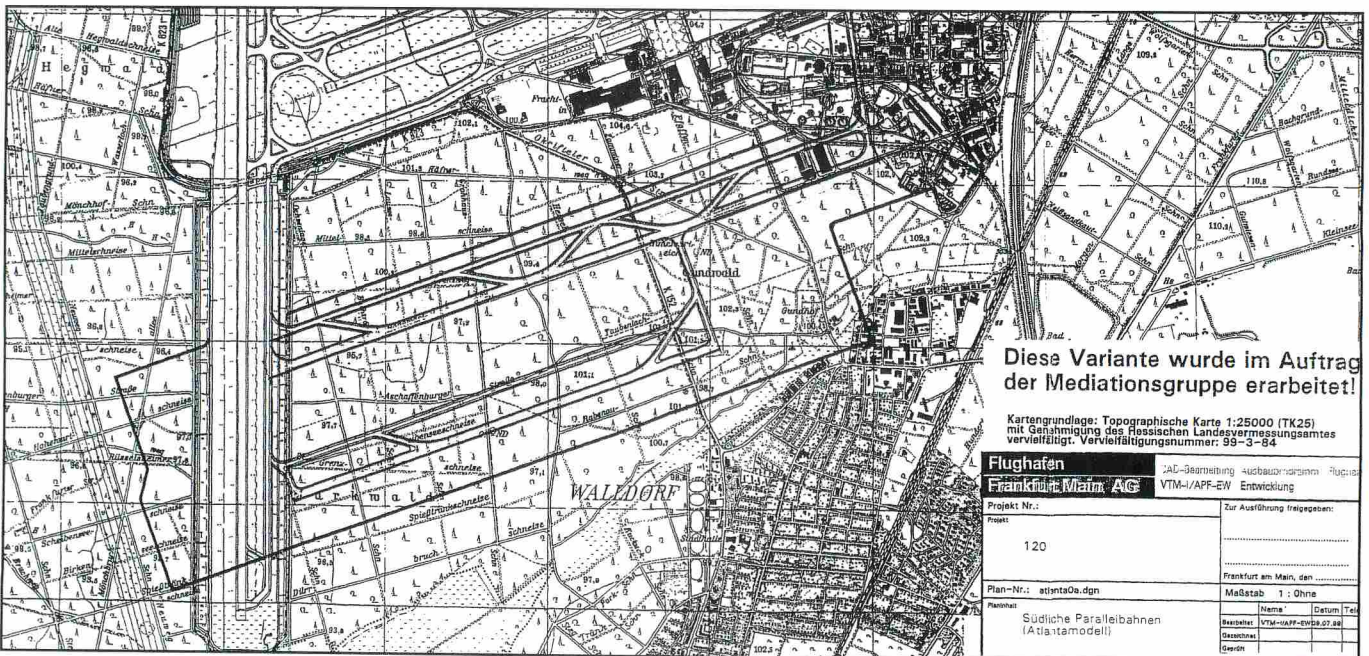
die Kommunen gegenseitig auszuspielen versuchten. Bei dem Mediationsverfahren werde es

Mittlerweile gibt es kaum noch jemanden der glaubt, die Mediation sei ergebnisoffen. Erneut wird es jetzt bestätigt durch die Aussage des FDP-Fraktionsvorsitzenden im Hessischen Landtag: „Es geht nur noch um die Form des Ausbaus“, eine Null-Option sei nicht mehr dabei. Der Flughafen nimmt, was er durchsetzen kann. Eine oder zwei Nordbahnen und dazu noch Erbenheim . . . Egal wo die Bahnen hinbetoniert werden sollen, der Verkehr und damit der Krach und Dreck würde in der Region bleiben. Aber noch ist es nicht soweit. Noch gibt es Chancen, die Ausbaufanatiker zu stoppen.

„Die Mediation ist geeignet um viel Luft herauszunehmen.“

Volker Zintel (FAG)
am 9.9.99 vor dem
CDU-Wirtschaftsrat anlässlich
einer Flughafenbesichtigung

An die hier wohnenden Menschen wird schon lange nicht mehr gedacht



Perverses aus den Planungsbüros. Eine von mehreren Südbahn-Varianten. Schon über die Stadtgrenze von Mörfelden-Waldorf hat man eine neue Flughafen-Südbahn projektiert. Natürlich hört man sofort: „Das ist ja eine verworfene Variante!“ Fragen darf man trotzdem, was geht eigentlich in den Köpfen solcher Leute vor, die sich das ausdenken. An Menschen denkt man hier schon lange nicht mehr - was zählt und was ganz vorn rangiert ist Profitmacherei.

Großmärkte, Ladenschluß und Kundenservice

In unserer Stadt wird diskutiert über die Ansiedlung weiterer Großmärkte, über mehr Kundenservice, über neue Ladenöffnungszeiten. Oft spricht man sich leichtfertig für neue Großmärkte aus. Die Wenigsten denken aber darüber nach, was es bedeuten würde, wenn etwa ein „neuer Minimal“ weit draußen entstände und der alte mitten in der Stadt geschlossen würde. Für viele noch selbständig einkaufende ältere Menschen ohne Auto eine fatale Entwicklung. Manche fordern auch, ohne viel nachzudenken, die Sonntagsöffnungszeiten.

Auch dazu muß einiges überlegt werden. Der Sonntag ist ein besonderer Tag. Die Sonn- und Feiertagsruhe ist daher mit Recht verfassungsrechtlich geschützt. Der Sonntag ist der einzige Tag, an dem weite Bevölkerungsteile gemeinsam frei haben. Der Sonntag bedeutet damit vor allem: Zeit für Familie und Freunde, für Gottesdienst, für ehrenamtliches und politisches Engagement, aber natürlich auch Zeit für Sport- und Kulturveranstaltungen oder einfach Zeit, um zur Ruhe zu kommen. Man muß die breite Öffentlichkeit über die schwerwiegenden Konsequenzen informieren, die eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten mit sich brächte. Alleinige Gewinner wären die Großkonzerne, die den Ladenschluß als Instrument im ruinösen Wettbewerb im Einzelhandel einsetzen. Die Konzentrationsbewegungen in der Branche würden weiter angeheizt - zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher, die auf wohnortnahe Versorgung verzichten müssen und den Verdrängungswettbewerb über die Preise mitfinanzieren.

Die Ladenschlußdebatte soll die wah-

ren Strukturprobleme im Einzelhandel überlagern. Die Innenstädte leiden seit Jahren unter Kaufkraftverlust, gleichzeitig bindet die grüne Wiese mehr und mehr Kunden. Die Einkaufszentren draußen vor der Stadt wachsen mit Zustimmung der regionalen Wirtschaftsförderung immer weiter und weiter. Viel zu viel Verkaufsfläche ist die Folge, die den Verdrängungswettbewerb in der Branche weiter antreibt. Statt immer neue Flächen auszuweisen und auf die Ausweitung der Ladenschlußzeiten zu setzen, sollten z. B. Unternehmen, die es wirklich ernst meinen mit mehr Kundenfreundlichkeit, gezielt in Personal investieren, statt weitere Arbeitsplätze zu vernichten. Nur ein Beispiel für den dramatischen Stellenabbau in der Branche: Arbeiteten 1990 auf 1000 Quadratmetern Kaufhof-Fläche noch 36 Verkäuferinnen und Verkäufer, so sind es heute nur noch 22 - und das bei um rund 15 Prozent verlängerten Öffnungszeiten. Damit hat der Kaufhof sein Verkaufspersonal fast halbiert. „Kundenkontakt im Minutentakt“ ist das Ergebnis - nicht nur beim Kaufhof. Wer das verändern will, muß in qualifizierte, motivierte Fachkräfte investieren - und nicht den Ladenschluß zum Sündenbock einer verfehlten Personalpolitik machen.

Bürgerhaus wird renoviert

Das Volkshaus, 1928 von den Mörfelder Arbeitern in Selbsthilfe erbaut, war nach vielen Jahren, nach Krieg und Nachkriegszeit renovierungsbedürftig. Da der Volkshausverein damals nicht über die notwendigen Geldmittel verfügte, wurde die Stadt 1964 Eigentümer und baute das Haus um. Es war die Zeit, als das Land Hessen für das Programm Bürgerhäuser viel Geld ausgab. Fortan hieß das Volkshaus Bürgerhaus. In dem Sinne, dass die Bevölkerung das Haus durch rege Besuche in Besitz nahm, blieb das Bürgerhaus dennoch „das Volkshaus“. Dreißig Jahre weiter ist das Haus wiederum verwohnt. Die Technik (Heizung, Lüftung, Isolation) veraltet, störanfällig, unzeitgemäß. Seit Jahren forderte die DKP im Stadtparlament ein Sanierungskonzept und wurden dabei oft vertröstet.

Nun endlich wurden Nägel mit Köpfen gemacht. Ein Architekturbüro hat erste Entwürfe vorgestellt, nachdem Gespräche mit den Nutzern der Räumlichkeiten stattfanden. Widerspruch kam in einer ersten Vorstellungsrunde nicht auf. Weitere Anregungen und Vorschläge sollen bis Ende September eingereicht werden damit sie Berücksichtigung finden. In drei Bauabschnitten, 2000 bis 2002, soll dann ein den neuen Bedürfnissen gerecht werdendes Haus entstehen. Wir freuen uns, dass unser stetes Drängen endlich Erfolg hat.

R.D.

Der „blickpunkt“
freut sich auf Leserbriefe

Lärm um Passage/Lange Äcker

Am 13. Oktober, 19 Uhr findet in der Stadthalle Walldorf eine Bürgerversammlung zum Thema Lärmschutzwand für das Baugebiet Passage/Lange Äcker statt. Wir berichteten in der letzten Ausgabe des „blickpunkt“ darüber.

Etwa die Hälfte der Kosten des Bauwerks soll von den Alteinwohnern zwischen Bahn und Kelsterbacher Str. und Bahn- und Pfarrer-Papon-Str. gezahlt werden. Da wird - denken wir - der Stadt mancher Ärger ins Haus stehen. Rechtlich sei alles wasserdicht, versicherte Bürgermeister Brehl. Ob das wirklich so ist, wird die Zukunft bringen. Es sei nochmals darauf hingewiesen, dass Mitte der 80er Jahre der Stadtverordneten-Beschluß zur Ausweisung des neuen Baugebietes durch die CDU und „Die Grünen“ erfolgte. Das Argument: „Viele Grundstückseigentümer wollen bauen“.

Heute muss man feststellen: Viele Grundstückseigner wollen mittlerweile ob der anstehenden horrenden Erschließungskosten verkaufen.

Unser Antrag Lärmmessungen vor Baubeginn der Schutzwand in der Reviolstraße (gegenüber liegende Bahnseite) durchzuführen, wurde beschlossen. Hintergrund ist die Befürchtung der Anlieger, dass durch Echoeffekt der Lärm auf dieser Bahnseite zunehmen wird. Somit kann dokumentiert werden, ob dies tatsächlich eintritt.

D. R.

blickpunkt

im
internet

<http://www.DKP-Hessen.de/>

Moderne Zeiten

Der Fortschritt ist nicht aufzuhalten. Auch bei der Verwaltung der Stadt hat der Kollege Computer schon lange Einzug gehalten. Ohne EDV geht nichts mehr. Der Umfang der Verwaltungsangelegenheiten hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Ebenso sind die Anforderungen der Behörden und der Bürger. Und dennoch geht manches genauso langsam wie vor zehn oder zwanzig Jahre. Denken Sie nur an die Ausstellung eines Personalausweises, Reisepasses, die Um- oder Anmeldung eines Autos etc.

Geographisches Informationssystem (GIS) heißt jetzt das neue Zauberwort. Neben den Katasterplänen sollen alle Daten über Leitungen - sei es Post, Gas, Wasser, Kanal - aufgenommen und per Tastendruck auf dem Bildschirm erscheinen. Ebenso soll der Zustand des Kanals - durch Kameras aufgenommen - digitalisiert im System gespeichert werden. Jederzeit abrufbar, jederzeit dokumentierbar. Die Straßen sollen detailliert erfasst werden, inklusive der Art des Straßenbelags, Herstellungs- und Zustandsdaten, Straßenbegleitgrün, Bürgersteige, Mobiliar wie Bänke, Lampen, Verkehrs- und Hinweisschildern.

Machbar ist ein Grünplan, er soll jeden Baum und Strauch, Grünfläche detailliert in Pflanzenart, Alter, Zustand, Pflegemaßnahmen etc. beinhalten. Für die Friedhöfe ist das Computerprogramm einsetzbar.

Die Sache kostet Geld, viel Geld. Das Geringste sind die Geräte und die Programme. Das beläuft sich für den Anfang auf ca. 183.000 Mark (inkl. Katasterkarte). In den nächsten vier Jahren soll dann das ganze Stadtgebiet vermessen und gespeichert werden.

Die Daten müssen ständig aktualisiert werden. Bis sich diese Investitionen amortisieren - d.h. schnellere und billigere Abwicklung, Reduzierung von Fehlerquellen, weniger Personaleinsatz etc. - vergehen Jahre, vielleicht auch ein Jahrzehnt. Dennoch scheint kein Weg daran vorbeizuführen; und „Maschinenstürmer“ wollen wir nicht sein. Den allzu Euphorischen möchten wir aber sagen: Die Bäume werden nicht per Computer gepflegt, sondern durch handwerkliches Tun. Und ein Baum, der heute noch als gesund und standsicher gilt, kann morgen schon entwurzelt sein.

Eine Garantie für evtl. Schadensbegrenzung gibt uns auch kein Computer und ein noch so bedienerfreundliches Programm. rd

Sommerferien des Schwimmbades

Die Badesaison ist zu Ende. Sie schloss mit einem Paukenschlag.

„Sieben Sonnen“ schienen am letzten Tag (Sonntag, 5. 9.) vom Himmel, Besucher drängelten sich. Und das Bad wurde um 14 Uhr zugeschlossen.

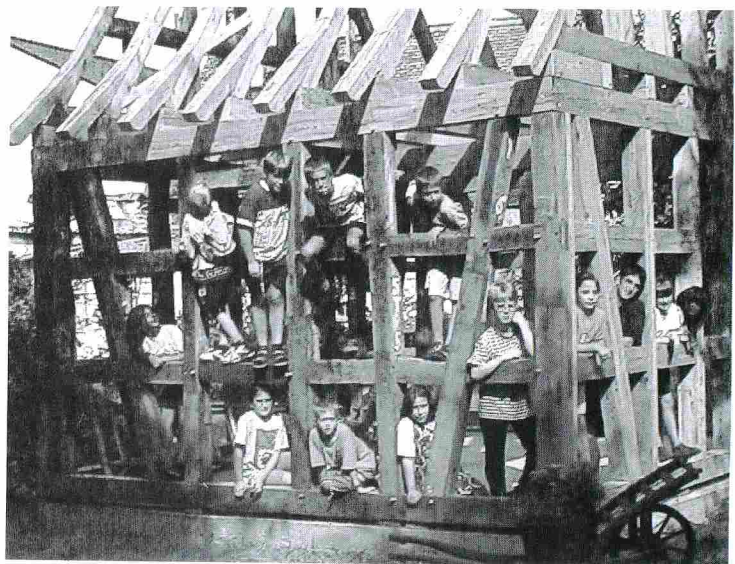
Starker Unmut war zu hören von den Badenden, die nach Hause geschickt wurden; und die nach 14 Uhr kamen, standen vor verschlossener Tür. Der Kulturdezernent, verantwortlich für die Schwimmbäder, erklärte, dass die Bediensteten Urlaubsvorbereitungen treffen wollten, dass weitere vier Stunden Öffnungszeit weitere Kosten verursacht hätten. Und zudem hätte man das schon immer so gemacht. Hätte man nicht intelligentere Ausreden finden können? So viel Betriebsverantwortung sollte man von den Beschäftigten verlangen können, schließlich ist ein Schwimmbad ein Dienstleistungsunternehmen. In dem Wort steckt dienen und leisten. Eine solche Einrichtung braucht zufriedene Gäste, die man im nächsten Jahr als Kunden wieder haben will.

Die Bürger sind nicht für die Verwaltung und die städtischen Einrichtungen da, sondern umgekehrt.

„Die Merfeller Schul“

Das erste Mörfelder Schulhaus stand in der heutigen Schulgasse 3. Es umfaßte einen 16,5 qm großen Schulraum und eine Lehrerwohnung. Bereits im Jahre 1762 herrschte Platzmangel; ein Anbau wurde an der Giebelseite errichtet. Der neu gewonnene Raum hatte eine Grundfläche von 21 qm, was einen Schulraum von immerhin fast 38 qm ergab. Zu dieser Zeit gab es in Mörfelden 126 Schüler, die vom Schulmeister Joh. P. Burgk unterrichtet wurden.

Im Jahre 1836 wurde der Anbau abgebrochen und nach Klein-Gerau verkauft. Dort stand das „Merfeller Schulhaus“ bis zu seinem Abriß 1978. Der Heimat- und Museumsverein hat nun das kleine Fachwerkhaus im Garten des „Goldenen Apfel“ wieder aufgebaut. Das Richtfest war für viele Kinder ein großer Spaß.



LESERBRIEFE

Aus dem „Wohnpark Walldorf“ (Debausie) erhielten wir einen Leserbrief der auf die Sorgen dortiger Mieter eingeht.

Wer soll das bezahlen ?

Sollen die Mieter „schleichend“ über den Tisch gezogen werden?

Worin bestehen eigentlich die Aspekte der sozialen Verträglichkeit, die im Schreiben der Vertriebsfirma „Wert-Grund“ vom 04.08.1999 an die Mieter aufgeführt wurde.

Liegen diese Aspekte etwa darin, daß die Wohnungen und Gewerbeobjekte übersteuert an die Frau oder Mann gebracht werden sollen?

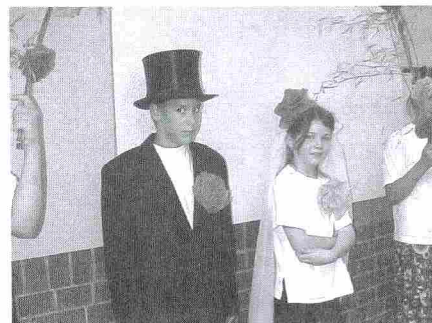
Weiter heißt es im Schreiben dieser Firma wörtlich: „Unsere Hausbanken haben die einzelnen Wohnungen im Vorfeld bewertet“. Wie ist das möglich? Wo doch in der Mitteilung des neuen Eigentümers „Werner & Michael Schleich“ vom 03. 08. 1999 wörtlich steht: „Da wie wir als Eigentümer der Liegenschaft bisher noch keine Gelegenheit hatten, uns vom Zustand der einzelnen Wohnungen zu überzeugen, bitten wir Sie, einen Besprechungstermin mit einem Mitarbeiter der Fa. Wert-Grund zu vereinbaren, um alles, Ihre Wohnung betreffende, mitzuteilen“.

Es gab schon mal eine Münchener Großbank, die übersteuerte Wohnungen finanziert hat. Nach langjährigen Gerichtsinstanzen, hat ein Gericht entschieden, daß die neuen Eigentümer von der Bank entschädigt werden mußten. Aber Prozesse kosten Geld und müssen erst einmal gewonnen werden.

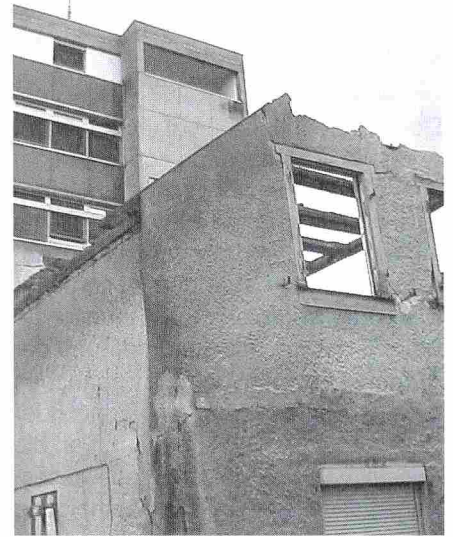
Weiter wird im Schreiben der Fa. Wert-Grund von günstigen Einstiegspreisen und Mietersonderpreis geschrieben, ist damit z.B. der Preis für eine 4,5 Zimmer-Wohnung in Höhe von 252.000.-DM oder ein Gewerbeobjekt in Höhe von 2.500.000.-DM gemeint? Ich glaube nicht; der Preis würde stimmen, wenn die Wohnungen und Gewerbeobjekte in einem sehr guten Zustand wären. Nur einige Beispiele, was für Kosten auf die Eigentümer zukommen können:

Die Aufzüge im 1. Bauabschnitt stammen aus dem Jahr 1972, waren also schon 2 Jahre vor Baubeginn alt und sind marode, ständig defekt. Bei Regen steht im Kellergeschoß des 1. Bauabschnittes Regenwasser. Die Fußbodenheizungen sind auch über 30 Jahre alt, hoher Energieverbrauch, geringer Wirkungsgrad. Ähnlich sieht es bei den Elektro-, Wasser- und Abwasserleitungen aus. Die daraus resultierenden Kosten sind nicht Umlagefähig, das heißt sind vom Eigentümer allein zu tragen. In den letzten Jahren wurde das unaufschiebbare an Reparaturen geleistet. Ein bißchen Farbe für die Balkonbrüstung, optische Veränderungen der Eingangsbereiche und Aufzugskabinen reichen bei weitem nicht aus, um von einem positiven Preis- / Leistungsverhältnis sprechen zu können. Bringt ein bißchen Farbe den gehobenen Wohnwert? Der größte Clou ist aber, - ein Gewerbeobjekt, das größtenteils aus dem 1. Bauabschnitt stammt, mit dem Objekt aus dem 3. Bauabschnitt zu verbinden, so daß mögliche Folgekosten von allen Eigentümern dieses Objektes zu tragen sind. Ist das nicht toll?

(Name und Anschrift des Leserbriefschreibers liegt uns vor.)



So schön kann Geschichtsunterricht sein. Zur Eröffnung eines historischen Rundgangs führten Kinder aus Mörfelden und Walldorf Tänze und Szenen aus dem Leben der Waldenser auf. Passanten, Eltern und Großeltern staunten und waren des Lobes voll. Ein herzliches Dankeschön allen, die diese Idee hatten und umsetzten.

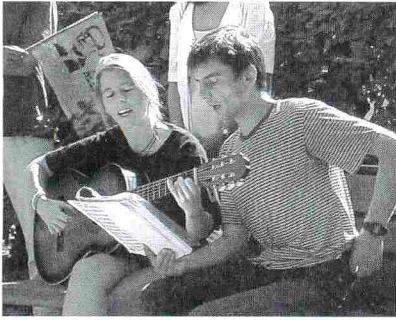


Bei den Baumaßnahmen in der Mörfelder Kalbsgasse gab es ziemlichen Ärger. In einem Leserbrief hieß es u.a.:

Die Kalbsgässer sind sauer

Seit Juni diesen Jahres ist das Leben inmitten einer Baustelle für die Kalbsgässer „normaler Alltag“. Staub, Dreck, Lärm und kein Ende in Sicht. Natürlich, man hatte sich auf die Bauarbeiten eingestellt, wußte, daß es zu Belästigungen kommen würde. Wir wußten aber nicht, welches Durcheinander auf uns zukommen würde. ... Nach den ersten Tiefbauarbeiten ging es an den Abriß des Hauses Nr. 5. Hier konnten wir feststellen, daß die Abbrucharbeiten ohne jegliche Sicherheitsmaßnahmen vonstatten gingen. Bauarbeiter begannen ohne Schutzhelme, die Sicherung der Baustelle war völlig unzulänglich. Vorbeilaufende Passanten wurden weder zum Warten aufgefordert, noch wurde der Abriß in diesen Momenten unterbrochen. Die Ziegelsplitter pfißen einem, der gerade vorbeiging, nur so um die Ohren. ... Der Höhepunkt kam am 12. 8. 99 als die Bewohnerin des Hauses Kalbsgasse Nr. 3 über den Bauschutt in ihrem Hof stolperte und sich einen Oberschenkelhalsbruch zuzog.

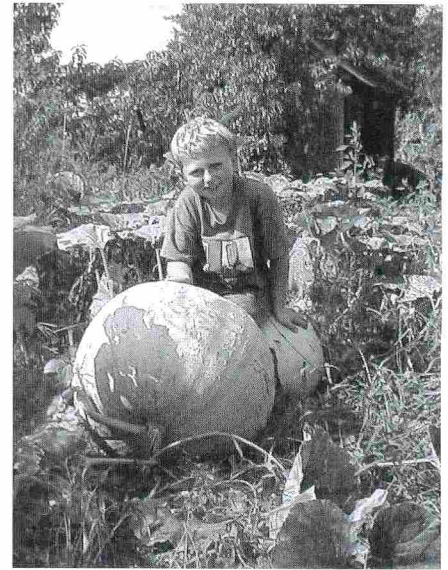
Mittlerweile gab es ein Gespräch mit den Kalbsgässern im Rathaus. Eine Reihe von Problemen konnte dabei bereinigt werden. Erste Pläne für eine Umgestaltung, (die Stadtverordneten haben sie bisher noch nicht gesehen) machten einen guten Eindruck.



Am 11. September 1999 legten Bürgerinnen und Bürger in einer Feierstunde ein Blumengebinde am Salvador Allende-Platz nieder, um an die Ermordung des chilenischen Präsidenten Dr. Salvador Allende zu erinnern.

Am 1. September 1973 putschte das Militär unter der Führung von General Pinochet mit Unterstützung des internationalen Kapitals in Chile.

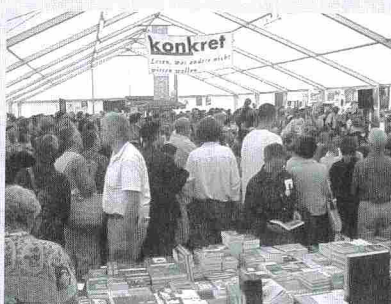
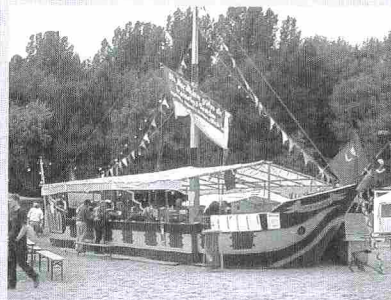
Auf Antrag der DKP-Fraktion wurde damals der Salvador-Allende-Platz benannt. Es ist neben Hamburg der einzige Platz in der alten Bundesrepublik, der den Namen von Salvador Allende trägt.



Im August „blickpunkt“ stellten wir in unserem Dialekttasten das Wort „Kerwes“ (Kürbis) vor. Schon kurz danach erhielten wir das schöne Foto. In diesem Herbst sieht man in den Gärten wirklich schöne Exemplare. Deshalb schon mal die Frage: „Wer hot de dickste?“

Pressefest der UZ in Dortmund

Über 60.000 Besucher
vielerlei Kunst- und
Diskussions- und Filmveranstaltungen
Stimmung



Stadtgeschichten



Ein Blick in den Hof des Anwesens der Walldorfer Familie Gellers in der Langstraße 75. Es war vermutlich an einem schönen Spätsommertag und der friedliche Eindruck eines im Hof mit einer Ziege spielenden Kindes täuscht – es war im dritten Kriegsjahr 1942. Rechts ist zu sehen Ilse Tron, verheiratete Cezanne, die Enkelin der Eheleute Alfred und Luise Gellers, links daneben das damalige Landjahrmädchen Adelheid Fuhrmann. Das sogenannte Landjahr war für Mädchen ab 14 Jahren während des Krieges ein Pflichtjahr, das überwiegend bei örtlichen Landwirten abzuleisten war.



Ilse Cezanne erinnert sich, daß ihre Großeltern einige Äcker und Wiesen bewirtschafteten, sowie zwei Kühe, Schweine, Ziegen und Hühner versorgt werden mußten. Die Hofreiten der Kleinbauern unserer Gegend sahen sich alle ähnlich. Hinten im Hof stand quer die Scheune mit Stall und angebautem Abort, daran anschließend die Mistkaute und der Schweinestall. Eine Besonderheit war bei den Gellers die im Bild zu sehende, mitten im Hof stehende Schaukelbadewanne.

10-jähriges Jubiläum

Am 3. Okt. 1999 besteht der Frauentreff Mörfelden-Walldorf e.V. 10 Jahre.
Zur Jubiläumsfeier am

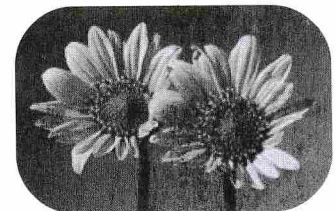
**23. Oktober, ab 16 Uhr
im Frauentreff, Langgasse 45 „Goldener Apfel“**

laden die Frauen herzlich ein.

Aus dem vorläufigen Programm:

- 16.00 Uhr Sektempfang und Begrüßung
- 16.30 Uhr Grußworte, Chronik des Frauentreffs, Büchertisch, Sketche und anschließend gibt es ein kleines Buffet.
- 18.30 Uhr Die Liedermacherin Petra Acker begleitet die Gäste durch den Abend.

Unser Lexikon



**Sunneblumme
Sonnenblumen**